

Kurz & bündig**Weniger Studierende**

Die Zahl der Studienanfänger in Deutschland ist 2006 gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Prozent zurückgegangen - in Hessen sogar um vier Prozent. Den abermaligen Rückgang trotz steigender Abiturientenzahlen wird auf die Ankündigung von Studiengebühren und weitere NCs zurückgeführt. Die große Koalition in Schleswig-Holstein hat inzwischen Studiengebühren bis zum Jahr 2010 ausgeschlossen.

Infotag für Lehrkräfte

Am 10.2.2007 lädt die GEW Hessen Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und interessierte Studierende zum LiV-Tag in Kassel und Frankfurt ein. Neben Austausch und Diskussion über die mit der Modularisierung gemachten Erfahrungen werden zahlreiche Workshops unter anderem zu Zeitmanagement, außerschulischen Lernorten, Konfliktlösung, Stationenlernen und zum Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule angeboten. Informationen zum LiV-Tag unter www.gew-hessen.de.

U+ abgelehnt

Als unverantwortlich lehnt das Zentrum für Lehrerbildung der Uni Gießen die neue Praxis des Landes ab, bei Stundenausfällen eine Vertretung durch pädagogische Laien zu organisieren. Die so genannte „Unterrichtsgarantie Plus“ entwertet zudem den Lehrerberuf, für den eine langjährige Vorbereitung nötig sei. Die Marburger Lehramtsfachschaft FoLa hat derweil die Schwächen der modularisierten Lehrerbildung zusammengetragen und in einem Papier zur Diskussion gestellt: www.forumlehramt.de.vu

Gewählt

Andreas Keller ist neuer Leiter des Bereiches Hochschule und Forschung der GEW. Der Politikwissenschaftler studierte und promovierte in Marburg. Nach Erfahrungen in der Politik war er zuletzt Geschäftsführer des Aufsichtsrats der Berliner Universitätskliniken. Eine Broschüre mit dem Titel „Bildung ist keine Ware“ dokumentiert den Beschluss des Gewerkschaftstages der GEW 2005 zur Bildungsfinanzierung mit vertiefenden Texten, Tabellen und Grafiken erläutert: Download und Bestellung: www.gew.de

Verfassungsklage zum Erfolg führen

Studiengebühren soll es ab dem Wintersemester in Hessen geben – sie widersprechen aber der Verfassung. Rund 10.000 Klagen gegen die Gebühren hatten ASten und Gewerkschaften Mitte Januar gesammelt. Eine Verfassungsklage von unten müssen mindestens 43.308 Hessen bei ihrem Gemeindeamt beantragen.

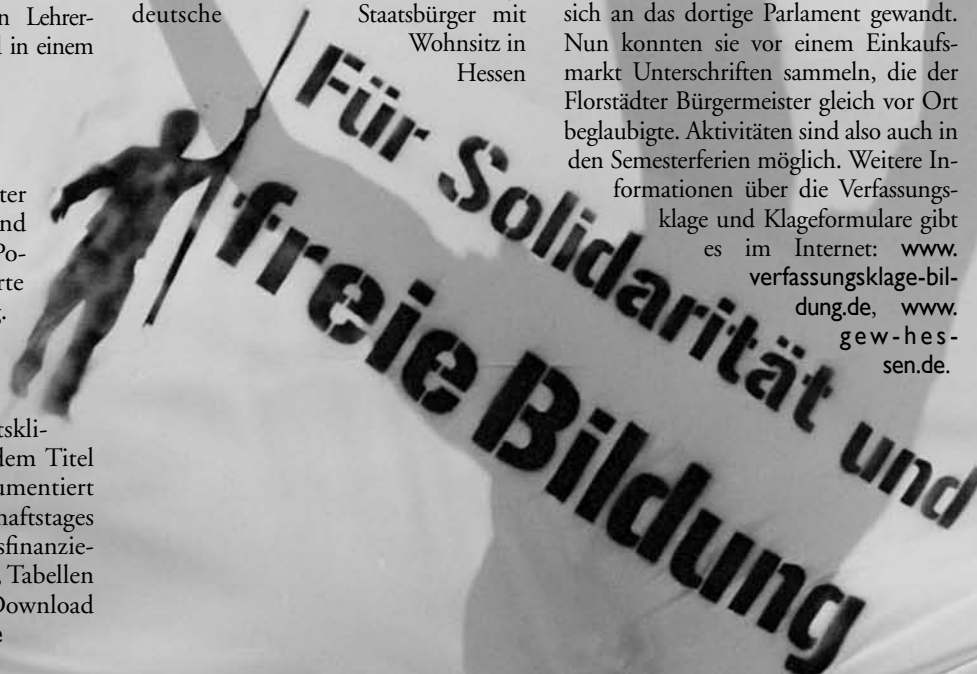
In einer Volksabstimmung haben die Hessen vor sechzig Jahren ihre Landesverfassung beschlossen. Jeder Ministerpräsident schwört seither, sie zu befolgen und zu verteidigen. Artikel 59 beginnt mit dem Satz: „In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich.“ Im Oktober verkündete Ministerpräsident Roland Koch ein Gesetz, das ganz anders klingt: „Die Hochschulen des Landes erheben Studienbeiträge.“ Kritiker sehen im Gebührengesetz einen Dammbbruch, da die CDU-Landesregierung beginnt, Grundrechte der Verfassung anzutasten. Wenn Artikel 59 falle, könnten etwa Schüler künftig ebenfalls zur Kasse gebeten werden. Auch Studiengebühren von 500 Euro seien erst der Anfang.

„Wir müssen deutlich machen, dass die Bevölkerung die Missachtung der Verfassung nicht hinnimmt“, sagt Jochen Nagel. Der GEW-Landesvorsitzende ist einer von vielen, die dazu aufrufen, die studentische Verfassungsklage gegen Studiengebühren zu unterschreiben. Ein Prozent der Wahlberechtigten kann ein Landesgesetz vom Hessischen Staatsgerichtshof auf Verfassungstreue überprüfen lassen. Mindestens 43.308 volljährige deutsche

Staatsbürger mit
Wohnsitz in
Hessen

müssen dafür die Klage bei ihrer Gemeindeverwaltung unterschreiben. Studentische Vollversammlungen aller Hochschulen beschlossen bereits die Klage. Als erster Senat rief auch das höchste Gremium der Hochschule Darmstadt „alle Studierenden, Professorinnen und Professoren, Lehrenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf, die Verfassungsklage gegen Studiengebühren zu unterstützen.“ Das allein wird nicht reichen. Die Studierenden müssen auf die Bevölkerung zugehen, in Vereinen, im Bekannten- und Familienkreis, auf Straßen und Plätzen um Klägerinnen und Kläger werben, sagen Gewerkschafter, die vor zwanzig Jahren die erste Verfassungsklage von unten organisierten. Mitte Januar war mit rund 10.000 Anträgen erst ein Viertel des Quorums erreicht. Allerdings stammten fast 3.000 davon von einer einzigen Aktionswoche in Marburg, bei der im Dezember Studierende und Weihnachtsmänner in Protestgelb das Bild der Stadt prägten. Ähnliche Aktionen sind auch in anderen Hochschulstädten geplant. Auch außerhalb der Städte kann man aktiv werden. Studierende, die aus der 10.000-Einwohner-Gemeinde Florstadt stammen, haben sich an das dortige Parlament gewandt. Nun konnten sie vor einem Einkaufsmarkt Unterschriften sammeln, die der Florstädter Bürgermeister gleich vor Ort beglaubigte. Aktivitäten sind also auch in den Semesterferien möglich. Weitere Informationen über die Verfassungsklage und Klageformulare gibt es im Internet: www.verfassungsklage-bildung.de, www.gew-hessen.de.

Das Bild „Schlagschatten“ von David Jahn ist Teil der Ausstellung „Bilder des Protests“. Drei studentische Fotografen haben die Proteste gegen Studiengebühren im Sommersemester festgehalten. Die Wanderausstellung kann ausgeliehen werden.

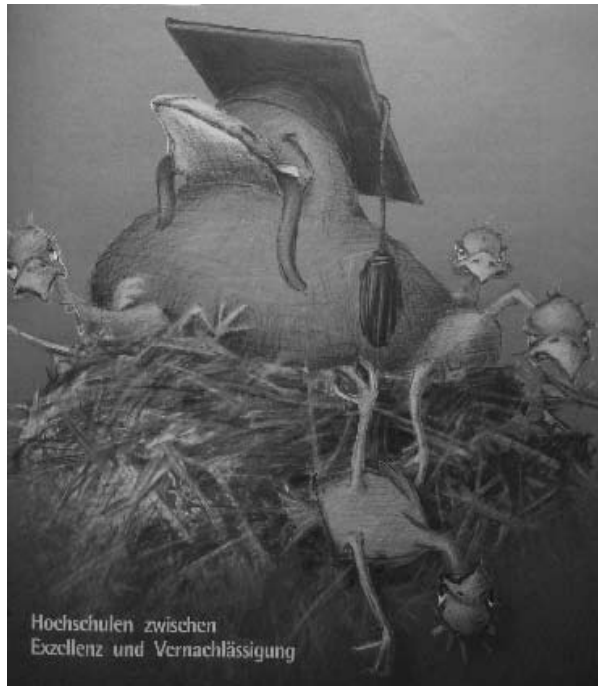


Wer zahlt für Elite-Universitäten?

Die „Exzellenzinitiative“ hat erste Gewinner gekürt. Drei „Eliteuniversitäten“ bekommen zusätzliche Forschungsmittel – auf Kosten der anderen Hochschulen und der Studienbedingungen – analysiert Torsten Bultmann, Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

Seit Oktober ist es amtlich: Deutschland verfügt über drei „Eliteuniversitäten“: Uni und TU München, sowie die Universität Karlsruhe. Dies wirkte ein Ernennungsakt durch eine gemeinsame Kommission von Wissenschaftsrat und Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG). Im Rahmen dieser „Exzellenzinitiative“ stellen Bund und Länder von 2006 bis 2011 insgesamt 1,9 Milliarden Euro an Fördermitteln zur Verfügung, die ausschließlich in die Spitzenforschung fließen. Es blieb dem früheren Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz Klaus Landfried vorbehalten, süffisant darauf hinzuweisen, dass der Bundesanteil dieser Summe ungefähr dem Betrag entspricht, den der Bund infolge der „Föderalismusreform“ an jährlichen Hochschulbauförderungs Mitteln einspart. Dabei gibt es einen Unterschied, der nicht nur sym-

bolischer Natur ist: Die Hochschulbau-Gelder dienen der Verbesserung der Studienbedingungen in der Breite. Das Elitengeld wird an einer politisch konstruierten „Spitze“ konzentriert,



Die gewollte Differenzierung der Hochschul-landschaft brachte die Mitgliederzeitschrift der GEW-Hessen im November aufs Titelbild. Thema des Hefts: Hochschulen zwischen Exzellenz und Vernachlässigung.

und zwar exakt an jenen Unis, die auch zuvor schon über die relativ besten finanziellen Ausstattungsmittel in der Forschung verfügten, überwiegend durch jene DFG vergeben, die gleichzeitig maßgeblich am Ernennungsakt beteiligt war und sich mit diesem quasi selbst belohnte beziehungsweise bediente.

Zweifelsfrei schimmert hier eine neue Wissenschaftsförderphilosophie auf: in einem komplett überlasteten Hochschulsystem werden finanzielle Zuwächse – wenn überhaupt – nur noch selektiv vergeben, um die Arbeitsbedingungen weniger zu verbessern, die Masse der Studierenden soll mit administrativ verkürzten BA-Studiengängen nach Haus geschickt werden. In den Flächenstaaten Niedersachsen und NRW wird gerade debattiert, ob der erhebliche Rückgang der Studienanfängerzahlen auf die neuen Studiengebühren oder die fast flächendeckenden Zulassungssperren (NC) infolge Überfüllung zurück zu führen ist. Eigentlich egal, denn das eine wäre so schlimm wie das andere. Auf jeden Fall ist dies die politisch bewusst in Kauf genommene Kehrseite der „Eliteförderung“. Mehr zum Thema: www.bdwi.de/bdwi/texte/94264.html

Alle Macht den Hochschulräten? CDU plant neues Hochschulgesetz

Im Sommer soll der Landtag das Hessische Hochschulgesetzes (HHG) ändern, um die Hochschulen noch vor der Landtagswahl in einem Jahr öffentlichkeitswirksam in die Autonomie zu entlassen. An den Details, wer in Zukunft was an den Hochschulen autonom entscheiden soll, arbeitet das Ministerium derzeit.

Alle reden über die Autonomie der Hochschulen. Diese soll es den Hochschulen erlauben, so weit wie möglich eigenständig über ihre Belange zu entscheiden – von der Bauplanung bis zur Professorenberufung, von der inneren Organisation bis zur Gestaltung von Forschung und Lehre. Autonomie soll die Hochschulen wettbewerbsfähiger machen, sagen die derzeitigen hochschulpolitischen Meinungsführer. In Hessen gibt es zwei Beispiele dafür, wie „autonome“ Hochschulen aussehen können: das Modell der Technischen Universität Darmstadt (TUD) und Pläne zu einer Stiftungshochschule an der Universität Frankfurt am Main (Siehe Kasten).

Bei der Diskussion um Hochschulautonomie geht auch es um die Frage, wer denn statt des Ministeriums die Geschicke der Hochschulen lenken soll: Demokratisch gewählte Gremien, Präsidenten und Dekane, Hochschulräte aus Vertretern von Politik und Wirtschaft oder neue Stiftungsräte? Da es den Betreibern der Hochschulautonomie vor allem darum geht, auf einem weltweiten Bildungsmarkt Geld zu verdienen, wollen sie hierarchische Managementstrukturen. Seit Jahren werden in ganz Deutschland demokratisch gewählte Gremien entmachtet und die akademische Selbstverwaltung eingeschränkt. Das kann gut gehen,

wenn die neuen Manager es verstehen, die Betroffenen einzubeziehen und mehr Demokratie zu praktizieren als vorgeschrieben. So ermöglichte der mächtige Präsident Johann-Dietrich Wörner der TU Darmstadt die demokratischste Gremienstruktur in Hessen. Nun wechselt er zum Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Erst bei einem durchschnittlichen Nachfolger, wird sich zeigen, ob das Modell TUD wirklich übertragbar ist.

Derweil mehrt sich der Unmut über konkrete Entscheidungen und undemokratische Entscheidungsstrukturen an den Hochschulen des Landes. So lassen Beschlüsse der von Professoren dominierten Senate und Finanzentscheidungen der Präsidien daran zweifeln, ob die Entscheidungsträger die Zustände vor Ort ausreichend kennen und ob sie nicht vor allem eigene Interessen vertreten. Ein studentischer Arbeitskreis an der Uni Gießen hat deshalb bereits ein „Manifest zur Demokratisierung der Hochschulen“ verfasst (Siehe: <http://www.akbp.de.vu>). Alexander Wagner, Uni Frankfurt

Hochschulen sind unterfinanziert GEW fordert mehr Geld vom Land

Die Reaktion kam prompt: Die GEW sehe alles durch die ideologische Brille, schimpfte die CDU, nachdem die Bildungsgewerkschaft Ende Oktober auf die jahrelange Unterfinanzierung der Hessischen Hochschulen aufmerksam gemacht hatte. Zu Finanzen und Studienbedingungen befragten wir den GEW-Kollegen und ehemaligen Präsidenten der Fachhochschule Frankfurt Professor Rolf Kessler.

Sehr geehrter Herr Professor Kessler, die hessische CDU erklärt immer wieder, in Hessen sei noch nie soviel Geld für die Hochschulen aufgewendet worden wie unter der CDU-geführten Landesregierung. Stimmt das?

Die Behauptung der CDU kann stimmen, muss es aber nicht. Es kommt darauf an, wer wie rechnet. Es ist letztlich aber müßig, über die CDU-Zahlen zu streiten. Denn bewiesen ist, dass die hessischen Hochschulen im Vergleich zu vergleichbaren Bundesländern seit Jahrzehnten – also unabhängig von der politischen Farbenlehre – unterfinanziert sind. Hessen liegt, was die Finanzierung der Hochschulen anbelangt, annähernd in allen Bereichen unter dem Bundesdurchschnitt.

Was bedeutet die Unterfinanzierung der Hochschulen in Hessen für Studierende, Lehrende und Hochschulen?

Die Studierenden leiden unter übervollen Lehrveranstaltungen, wenn sie überhaupt einen Platz bekommen. Die Qualität des Studiums leidet, die Studienzeiten verlängern sich. Für das engagierte Personal der Hochschulen – Lehrende, Forschende, Verwaltung – bedeutet es unbezahlte Mehrarbeit, Verlust an Arbeitsqualität. Für die hessischen Hochschulen insgesamt bedeutet es, dass sie im nationalen und internationalen Wettbewerb um Qualität

und zusätzliche Finanzmittel abgehängt werden.

Warum macht die GEW die Unterfinanzierung gerade jetzt zum Thema?

Die Bundesländer, Hessen mit vorne weg, haben eine Föderalismusreform durchgeboxt, die ihnen für den Hochschulbereich künftig weitgehend alleinige Zuständigkeit gibt. Das Bundesland Hessen darf sich nicht widersprochen in dem Glauben sonnen, für die Hochschulen keine zusätzlichen Anstrengungen unternehmen zu müssen. Über den dringenden Nachholbedarf hinaus sind diese Anstrengungen schon deswegen unabdingbar erforderlich, weil in den nächsten Jahren wegen der Schulzeitverkürzung um ein Jahr die Studierendenzahl um bis zu 20 Prozent ansteigen wird.

Sind Studiengebühren nicht ein praktikabler Weg, die klammen Hochschulen zu sanieren und die Studienbedingungen zu verbessern?

Wer diese Frage bejaht, ist in meinen Augen kurzsichtig. Zum Ersten: Die Studiengebühren werden ihre vom Studium abschreckende Wirkung entfalten. Die Studierquote unter den Schulabgängern wird – bereinigt um den Anstieg durch die Schulzeitverkürzung – mittel- und langfristig sinken, obwohl gerade Deutschland im internationalen Vergleich einen Anstieg drin-



Professor Rolf Kessler ist Vorsitzender des GEW-Regionalverbands Hochschule und Forschung Südhessen und war von 1982 bis 1985 und von 1995 bis 2002 Rektor beziehungsweise Präsident der Fachhochschule Frankfurt am Main.

gend braucht. Damit werden auch die Einnahmen sinken. Zum Zweiten: Die Erfahrungen aus anderen Ländern mit Studiengebühren lehren, dass die zusätzlichen Mittel den Hochschulen nur kurzfristig, bestenfalls mittelfristig, keinesfalls aber langfristig, wie es notwendig wäre, zur Verfügung stehen werden. Und zum Dritten: Wer Hochschulen von innen kennt, weiß, wie lange es dauert, bis zweckgebundene Mittel, hier für die Verbesserung der Studienbedingungen, am Bestimmungsort ankommen – wenn überhaupt.

Kurz & bündig

DGB an der Hochschule

Viele Studierende arbeiten neben dem Studium. Bei allen Fragen rund um den Job, z.B. zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, zum Kündigungsschutz und zum Arbeitsvertrag, bietet die DGB-Jugend in Kooperation mit den Einzelgewerkschaften an nahezu allen hessischen Hochschulen eine Beratung für Studierende an. An der Universität Frankfurt finden zudem regelmäßig Veranstaltungen für Studierende im Rahmen einer gewerkschaftlichen Ringvorlesung statt. Infos: www.studentsatwork.org und www.dgbcampusoffice.de

Hessen Schlusslicht

Nur 5.600 Euro je Studentin oder Student gibt das Land Hessen im Jahr für die Hochschulen aus. Damit liegt es am Schluss aller Bundesländer und 1.500 Euro unter dem Bundesdurchschnitt, so ein Vergleich des RWI Essen. Vorn liegen Mecklenburg-Vorpommern (9.500 Euro) sowie Baden-Württemberg und Niedersachsen (jeweils 8.700 Euro). Auch wenn man die Schulen in den Vergleich einbezieht, liegt Hessen mit Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Brandenburg (jeweils 6.600 Euro) sowie Nordrhein-Westfalen (6.500 Euro) in der Schlussgruppe der Bundesländer.

TUD: Autonomie per Gesetz

Seit dem 1. Januar 2005 hat die TU Darmstadt ihr eigenes Gesetz. Es übertrug der TUD einen Großteil der bisherigen Landeskompetenzen: Über Studiengänge, Berufungen von Profs, das Management der Liegenschaften und vieles mehr, dürfen nun Präsidium und Hochschulrat entscheiden. Auch Entscheidungen über die Struktur und Zusammensetzung der Hochschulorgane wurden in die Hände der Hochschule gelegt. Für die Umstellung gab das Land der TUD zusätzliche Mittel.

Stiftungs-Uni Frankfurt?

Die Frankfurter Goethe-Uni soll zur Stiftungshochschule werden, das will zumindest ihr Präsidium. Das Land Hessen soll dem Konzept zufolge nur noch Vertreter für Stiftungsorgane benennen und bei Rechtsverstößen tätig werden. Alles andere soll die Hochschule selbst entscheiden: über die eigene Struktur, über Forschung und Lehre, über die Gründung eigener Unternehmen genauso wie über die Arbeitsbedingungen – hier ist bereits von einem Haustarifvertrag die Rede.

Gute Programme ohne Fußangeln

Wir alle sind mehr oder weniger von Technik abhängig. Wer kann heute noch auf E-Mail, Textverarbeitung, Internet, Mobiltelefone und Mensa-Schlüssel oder -Chipkarten verzichten? Welche Software im Hintergrund arbeitet, ist uns so lang egal, wie sie funktioniert. Das Vertrauen hat aber Folgen: Was ist, wenn der Browser (unbemerkt?) bestimmte Inhalte unterdrückt? Der Instant Messenger plötzlich nur noch funktioniert,

wenn bezahlt wird? Wenn das dringend benötigte Betriebssystem-Update viel Geld kostet? Freie Software ist hier eine Alternative. Sie darf beliebig oft kopiert und benutzt werden. Der Quellcode, sozusagen der Text des Programms, liegt offen und kann verändert werden („Open Source“). Damit können Programmierer und Nutzer kooperativ für eine unabhängige Weiterentwicklung und für Innovation sorgen. Die Software dient

Software-Tipp

Selbstbestimmt im Internet surfen: Mozilla Firefox, Web-Browser

Die Alternative zu undurchsichtigen und teuren Computer-Programmen heißt Freie Software. Das sind Programme mit offengelegtem Quellcode, die von jedermann verändert, verbessert, kostenlos weitergegeben und benutzt werden können. Freie Gruppen von Programmierern fordern damit die Softwarekonzerne heraus.

Er hat in Deutschland bereits einen Marktanteil von fast 40 Prozent erreicht – Tendenz weiter steigend. Der Browser Firefox der Mozilla Foundation ist eines der bekanntesten Projekte freier Software in Deutschland. Was macht diesen Browser so erfolgreich? Es ist die hinter dem Firefox steckende Philosophie. Der Leitspruch des Firefox ist „Take back the web“. Darunter verstehen die Entwickler des Browsers – dass die Benutzer das Verhalten des Browsers dominieren sollen – und nicht umgekehrt. Dies erklärt Funktionen wie das Blockieren von selbstöffnenden Pop-Up-Fenstern oder das automatische Löschen von Cookies, kleinen Dateien, die Webseiten auf der Festplatte hinterlegen. Auch die Möglichkeit unkompliziert

zwischen mehreren geöffneten Webseiten zu springen (Tabbed Browsing) und der Schutz vor „Phishing“, dem Ausspähen etwa von Passwörtern durch betrügerische Webseiten, gestalten das Surfen angenehmer und erhöhen die Sicherheit. „Xul“ eine für das Mozilla-Projekt entwickelte Beschreibungssprache grafischer Benutzeroberflächen beflügelt die Entwicklung des Firefox. Dank „Xul“ kann man über den Firefox kostenfrei telefonieren, seine Termine organisieren oder besser mit manchen Webseiten interagieren.

Martin Scholl, Marburg

Den Firefox findet man unter <http://www.mozilla.org> in Versionen für Windows, Linux und Mac OSX. Jetzt neu: Version 2.0.

nicht mehr nur dem Interesse von Konzernen, sondern steht der Allgemeinheit zur Verfügung. In einer neuen Rubrik der GEW-Hochschulzeitung stellen wir in jeder Ausgabe kurz und knapp politisch korrekte Alternativen ohne Fußangeln vor: Freie Software.

Juko Marc Lucas, Marburg

Mehr zum Thema: Volker Grassmuk: **Freie Software. Zwischen Privat- und Gemeineigentum, Bonn 2004.** Das Buch ist kostenlos bei der Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich.

Dein Kontakt zur GEW

Willst Du Broschüren abgreifen (z.B. „Jobben und Studium“, zu Lehramt oder Hochschulpolitik), Fragen oder Kommentare loswerden oder bei uns mitmachen? Die GEW-Ansprechpartner helfen gerne weiter.

Marburg

Saida Ressel, c/o GEW-Hochschulbüro, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg, Fax: 06421/ 95 23 96
Mail: saidaresel@web.de

Kassel

Sebastian Lenth, GEW Studierendengruppe c/o GEW, Friedrich-Engels-Str. 26, 34117 Kassel
Tel: 0561/ 77 17 83
Mail: Sebastian.Lenth@unsere-uni.de

Frankfurt

Nora Rothauge, GEW Studierendengruppe Frankfurt c/o GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
Fax: 069/ 97 12 93 93
Mail: N.Rothauge@web.de
Web: <http://www.gew-uniffm.de>

Gießen

Tobias Cepok, c/o AStA der Uni Gießen, Otto-Behaghel-Straße 23-27, 35394 Gießen, Fax: 0641/ 47 11 3
Mail: tobiascepok@aol.com

Kupon

Ich möchte...

Anzahl Aufkleber „Stoppt Studiengebühren“

Anzahl Anträge für die Verfassungsklage

weitere Infos über die GEW-Positionen

zu studentischen Hilfskräften

zur Promotionsphase

zu wissenschaftlichen Beschäftigten

die Broschüre der DGB-Jugend „Was tun Gewerkschaften“

das Bildungsprogramm 2007 der DGB-Jugend Hessen

die GEW-Mitgliederzeitschrift zum Thema

„Hochschulen zwischen Exzellenz und Vernachlässigung“

Infos zur Studierenden-Mitgliedschaft in der GEW

Meine Anschrift:

Bitte schicken an:

GEW Büro für Hochschule und Forschung
Schwanallee 27-31
35037 Marburg
Fax: 06421/ 95 23 96
Mail: astaets@gew-hessen.de

Impressum

Die GEW-Hochschulzeitung wird herausgegeben von der GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt.

An dieser Ausgabe mitgewirkt haben: Carmen Ludwig, Alexander Wagner, Jonas Baumann (Layout), Torsten Bultmann, Kai Dietzel, Juko Marc Lucas, Martin Scholl und Andreas Staets.

Bilder: David Jahn (davidjahn1@web.de), Andreas Träger /GEW Hessen, Ralf Schaper.

Druck: Druckkollektiv Gießen, Auflage 7.000.

V.i.S.d.P.: Andreas Staets, GEW Büro für Hochschule und Forschung, Schwanallee 27-31, 35037 Marburg.



demokratisch
kompetent und
streitbar